

Beschluss

Keine „Normalisierung“ militärischer Gewalt!

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat in seiner Rede bei der Berliner Sicherheitskonferenz dafür geworben, offensiv über den Einsatz militärischer Mittel bei der Wahrung deutscher Wirtschaftsinteressen zu diskutieren. Damit vollzieht er einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik: Der Einsatz militärischer Mittel ist für ihn nicht mehr die Ultima Ratio und auf die Herstellung kollektiver Sicherheit in Europa beschränkt, sondern ein „normales“ Mittel unter vielen, wenn er mit wirtschaftlichen Interessen rechtfertigt wird. Zudem können deutsche Wirtschaftsinteressen in Widerspruch zu denen unserer Bündnispartner treten und damit das klare deutsche Bekenntnis zu multilateraler Sicherheitspolitik im Rahmen von Europäischer Union und Vereinten Nationen infrage stellen.

Die Aussage des Verteidigungsministers steht in einer Reihe mit zahlreichen anderen Äußerungen, deren Ziel es ist, Militäreinsätze zum Normalfall der Außen- und Sicherheitspolitik zu erklären, auch mit dem Ziel, Interessen unseres Landes zu wahren und den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes zu fördern. Am letzten Wochenende legte die Bundesregierung nach und verknüpfte deutsche Sicherheitspolitik mit freien Transportwegen und ungesicherter Rohstoffzufuhr. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen diese Tendenz zu Wirtschaftskriegen strikt ab. Die Regelungen des Grundgesetzes für den Einsatz militärischer Mittel sind für uns ein unverrückbarer Grundsatz. Handels- und Rohstoffkriege sind durch das Grundgesetz nicht gedeckt. Wir distanzieren uns klar von dieser Kanonenbootpolitik des Verteidigungsministeriums und der Bundesregierung und allen Versuchen, die Bundeswehr für Einsätze in Wirtschaftskriegen vorzusehen. Wir werden dies immer wieder innerhalb und außerhalb des Parlaments deutlich machen. Wir stehen für einen umfassenden Ansatz der Friedenspolitik, dessen wichtigste Instrumente zivile Krisenprävention, Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und auswärtige Kulturpolitik sind. Eine „Verklemmung“ beim Einsatz militärischer Mittel lassen wir uns gerne attestieren. Es gilt für Bündnisgrüne Friedenspolitik der Grundsatz aus dem Abschlusspapier der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission: „der Einsatz militärischer Kriegsgewalt ist unabhängig von seinen Zielen ein großes Übel.“

Wir stehen für eine ganzheitliche Politik für Frieden, Demokratie, Stabilität und Entwicklung. Die wirtschaftliche Entwicklung ist für uns dabei ein wichtiger Schlüssel zur Stabilisierung von Krisenregionen. Wir setzen uns dafür ein, dass Entwicklungsländer unbehinderten Zugang zu den Weltmärkten bekommen und internationale Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der wirtschaftlich schwachen Länder abgebaut werden. Gleichzeitig fördern wir deutsche Investitionen, die einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung gerade in Krisenregionen leisten können. Diese Investitionen zu ermöglichen und ihre Sicherheit zu gewährleisten, liegt im Interesse aller Beteiligten. Deswegen ist es dringend geboten, in Krisenregionen den Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaates mit allen seinen Institutionen zu unterstützen.

Daher wäre es weltfremd zu leugnen, dass Stabilität auch der deutschen Wirtschaft zugute kommt. Selbstverständlich hat auch Deutschland Rohstoff- und Energieinteressen. Aber das ist kein Grund für militärisches Engagement. Der Schutz von Wirtschaftsinteressen gehört nicht zu den Aufgaben der Bundeswehr. Stabilität, unter Wahrung demokratischer und menschenrechtlicher Grundsätze, ist für uns aber vor allem ein Wert an sich, wenn sie den Menschen ein Leben in Sicherheit ermöglicht. Wir verwehren uns allen Versuchen, diese Logik umzukehren.

Der Verteidigungsminister hat anscheinend noch nicht realisiert, dass er nicht mehr Bundeswirtschaftsminister ist. Als Bundesminister der Verteidigung ist es nicht seine Aufgabe, die Interessen der deutschen Wirtschaft zu vertreten. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, dass militärische Alleingänge wie der Irak-Krieg George W. Bushs destabilisierend wirken und radikalen Kräften nur noch zusätzlichen Auftrieb bescherten. Das liegt weder im wohlverstandenen wirtschaftlichen Interesse Deutschlands noch einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung der betroffenen Regionen.